Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1884

24.10.1884 (No. 252)

Visual Library

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 24. Oktober.

№ 252. Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf. Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei. 1884.

Hof-Ansage.

Wegen Ablebens Seiner Königlichen Hoheit des Landgrafen Friedrich Wilhelm Georg Adolph von Hessen legt der Großherzogliche Hof von heute an die Trauer auf 2 Wochen bis zum 5. November einschließlich an, und zwar vom 23. bis inklusive 29. Oktober nach der 3., vom 30. Oktober bis inklusive 5. November nach der 4. Stufe der Trauerordnung.

Karlsruhe, 23. Oktober 1884.

Großherzogliches Oberstkammerherrn-Amt.
Freiherr von Gemmingen,
Oberstkammerherr.

Nicht-Amtlicher Theil.

Politische Rundschau.

Karlsruhe, den 23. Oktober.

Seine Majestät der Kaiser ist wieder in die Reichshauptstadt zurückgekehrt. Ein Telegramm von heute Vormittag berichtet aus Berlin:

„Se. Majestät der Kaiser ist mit dem Kronprinzen heute Vormittag 8½ Uhr wohlbehalten von Sigmaringen hier eingetroffen. Seine Majestät wurde auf dem Bahnhofe von dem Prinzen und der Prinzessin Wilhelm, dem Prinzen Friedrich Karl, dem Gouverneur und dem Stadtkommandanten von Berlin, dem Polizeipräsidenten und den Flügeladjutanten empfangen."

Die **ungarische Oberhaus-Reform**, die seit langer Zeit angestrebt, aber immer wieder fallen gelassen wurde, hat nunmehr endlich greifbare Gestalt angenommen. Der Ministerpräsident Tisza hat einen Reformentwurf eingebracht, der den langjährigen Beschwerden abhelfen soll, ohne die jetzige Basis zu verändern, auf welcher die Berechtigung der Aristokratie zur Theilnahme an der Gesetzgebung beruht. Seither bestand das Gros der Mitglieder des Oberhauses aus den volljährigen männlichen Angehörigen des ungarischen Hochadels, deren Zahl völlig unbeschränkt war, und den römisch- und griechisch-katholischen Kirchenfürsten, während es nach der bestehenden Gesetzgebung unmöglich ist, hervorragende Männer der Wissenschaft, der Kunst, der Verwaltungs- und Justizpflege zur Theilnahme an der Gesetzgebung heranzuziehen. Diesen Uebelständen sucht die Vorlage u. a. dadurch abzuhelfen, daß nur denjenigen Adeligen, welche an Grundsteuer jährlich mindestens 3000 Gulden bezahlen, die Pforten des Oberhauses sich erschließen werden. Die Zahl der Geistlichen wird beschränkt durch Ausscheidung der katholischen Weihbischöfe. Auch der Kategorie der ungarischen Obergespäne wird die Mitgliedschaft entzogen. Die wichtigste Neuerung ist die Möglichkeit, die Zahl der Mitglieder durch Ernennung zu vermehren, und zwar kann jeder, der sich auf irgend einem Gebiete des öffentlichen Lebens ausgezeichnet hat, durch den Kaiser auf Lebenszeit zum Oberhaus-Mitglied ernannt werden. Die Zahl der Berufenen darf indeß nie mehr als den dritten Theil der Gesammtzahl der Mitglieder ausmachen. Damit ist der Regierung die Möglichkeit genommen, dem Oberhause den Charakter des jeweiligen Regimes aufzudrücken. Tisza zeigt sich durch die Preisgebung dieses Mittels wiederum als ein ebenso freisinniger wie die Interessen des Staatslebens streng gegeneinander abwägender Politiker, der die Zahl der von der Krone zu ernennenden Mitglieder nicht in's Endlose vermehrt haben will, weil er weiß, daß die Anwendung des unbegrenzten Ernennungsrechts das in konstitutionellen Staaten besonders wünschenswerthe Ansehen der Ersten Kammer nur schädigt und der andererseits die Krone doch nicht der Möglichkeit beraubt, durch Ernennung neuer Mitglieder ein wichtiges Recht auszuüben. In dem ganzen Gesetzentwurf liegt unverkennbar die Tendenz, dem konservativen Faktor der Gesetzgebung ein höheres Ansehen zu geben als seither.

Heute tritt das englische Parlament zu einer außerordentlichen Session zusammen. Der eigentliche Zweck der Einberufung ist die Durchführung der Wahlreform-Bill. Wenn es nach den Wünschen der Regierung ginge, würden auch die Verhandlungen sich nur auf diesen Gegenstand beschränken, allein gerade so wie die Thronrede nicht wird umhin können, der Verhältnisse in Egypten und Südafrika zu gedenken, so werden auch die Volksvertreter sich nicht die Gelegenheit nehmen lassen, die auswärtige Politik des Ministeriums Gladstone zur Sprache zu bringen. Dasselbe scheint mit Rücksicht hierauf noch in den letzten Tagen bemüht gewesen zu sein, den Gegnern soviel als möglich alle Anlässe zu Klagen und Vorwürfen zu entziehen. Gegenüber der Transvaal-Republik ist eine „energische" Politik angekündigt, ohne daß die Hilfsquellen des Mutterlandes an Soldaten und Geld besonders in Anspruch genommen werden sollen. Am oberen Nil, so heißt es, werden die Operationen sofort oder wenigstens früher, als in letzter Zeit angenommen werden konnte, beginnen und durch die Ankündigung in Betreff der Annahme der Einladung zur Berliner Konferenz nach längeren Vorverhandlungen soll vermuthlich der Eindruck hervorgerufen werden, daß den englischen Forderungen wegen Wahrung der besonderen Handelsinteressen Großbritanniens an der Westküste Afrikas Rechnung getragen worden ist.

Eine regierungsfreundliche Arbeiter-Kundgebung.

Leipzig, 21. Oktober.

Aus dem von socialdemokratischen Elementen besonders bearbeiteten Leipziger Landkreise, in dem von den vereinigten National-Liberalen und Konservativen als Reichstags-Kandidat der Gutsbesitzer Dr. Heine aus Plagwitz, von den Socialdemokraten dagegen der Referendar a. D. Viereck, von dem Fortschritt endlich (als bloßer Zählkandidat) Redakteur Krieger aufgestellt worden, ist heute ein Ereigniß zu melden, welches von nicht zu unterschätzender Tragweite sein kann. Es hat sich daselbst nämlich eine neue Arbeiterpartei gebildet, welche sich offen sowohl von den socialdemokratischen Agitatoren als auch von den alles negirenden Deutschfreisinnigen lossagt und sich freudig bereit erklärt, für die arbeiterfreundlichen Pläne der Reichsregierung und für den diese Pläne unterstützen wollenden Kandidaten der Ordnungsparteien, Herrn Dr. Heine, einzustehen. Der mit fünfzehnhundert Unterschriften von Arbeitern bedeckte Aufruf macht im schroffen Gegensatze zu den socialdemokratischen Schreiereien und Hetzereien einen äußerst wohlthuenden Eindruck und ist bezeichnend genug, um wenigstens die Hauptpunkte des umfangreichen Schriftstücks auch für weitere Kreise hervorzuheben. Nachdem der Aufruf betont, daß der Arbeiterstand der Grundpfeiler des Staates sei, daß aber nicht alle Arbeiter Socialdemokraten seien, daß vielmehr unzählige Arbeiter noch ein Herz haben für König und Vaterland und nicht in jedem Arbeitgeber ihren natürlichen Feind erblicken, auch von Weiber- und Gütergemeinschaft nichts wissen wollen und gerade die socialdemokratischen Führer, trotz deren anmaßender Behauptung, keineswegs für Arbeiterfreunde halten, führt der Aufruf in ruhiger, schlagender Beweisführung aus, daß die Verheißungen dieser Führer sich als eitel Dunst erwiesen hätten und auch gar nicht sich verwirklichen könnten. Selbst die gleisnerischen Führer glaubten nicht daran, dem Arbeiter für die halbe Arbeit zehnfachen Lohn verschaffen zu können, und säten unter den Arbeitern nur Mißvergnügen, ohne wirklich deren materielle Lage zu verbessern, welche durch die unsinnigen Arbeitseinstellungen wie durch das diesen Führern allein zu dankende Socialistengesetz sich sogar verschlimmert habe. Wenn die Arbeiter aber künftig wenigstens einigermaßen gegen die Unfälle des Lebens, gegen die Noth der Krankheit und gegen unverschuldete Verarmung infolge von Unglücksfällen gesichert sind, so hätten sie das in erster Linie der Reichsregierung zu danken, die mit Umsicht und Energie die Bahn der socialen Reform betreten habe und noch weiter arbeiterfreundliche Gesetze plane. Die von den sogenannten Arbeiterführern versuchte Verdächtigung, als handle es sich hierbei um ein bloßes Wahlmanöver, sei als unwürdig entschieden zurückzuweisen. Weder unser ehrwürdiger Kaiser noch sein großer Kanzler, dem die Arbeiter es überhaupt in erster Linie verdankten, daß sie in den Reichstag wählen können, hätten so niedrigen Verdacht und Undank verdient. Von der Revolution, mit der die Umsturzmänner immer das arme Volk vertösteten, sei kein Heil zu erwarten, diese werde im Gegentheil nur zur schwersten Reaktion führen. Statt des ewigen unfruchtbaren Neinsagens sollten die Arbeiter lieber das Erreichbare im Frieden und im Einvernehmen mit der Reichsregierung und den Arbeitgebern durchzusetzen suchen. „Die Führer der Socialdemokratie," heißt es wörtlich weiter, „haben uns Steine statt Brod gegeben, sie wollen uns durch schwere, blutige Kämpfe über Trümmer und Leichen zu bessern Zuständen führen. Die Reichsregierung aber hat energisch die Bahn der friedlichen, socialen Reform eingeschlagen, kommen wir ihr mit Vertrauen entgegen; denn Vertrauen erweckt wieder Vertrauen!" Schon dämmere es im Arbeiterstande. Am Rhein hätten Tausende von Arbeitern dem Kaiser eine Dankadresse dargebracht, die überall bei den Arbeitern lebhaften Widerklang gefunden habe. So wollten denn auch die ruhig die Dinge erwägenden Unterzeichner des erwähnten Aufrufes nicht länger von den socialdemokratischen Führern sich gängeln lassen, sondern freimüthig sich gegen dieselben erklären. Es gelte jetzt wieder wichtige Pläne der Reichsregierung, die Altersversorgung der Arbeiter und die Kolonialpolitik der Regierung, kräftig zu unterstützen und durchzusetzen. Dazu aber seien weder socialdemokratische noch auch deutschfreisinnige Männer die rechten Vertreter der Arbeiterbevölkerung, da jene über ihren wilden Zukunftsträumen die Gegenwart vergäßen oder doch durch die Brille des Mißtrauens und Klassenhasses sähen, die ganze Weisheit der Fortschrittler und „Freisinnigen" aber nur „in einem einzigen langweiligen Nein" bestehe. Deshalb sollten alle verständigen, selbstdenkenden Arbeiter für den Kandidaten der regierungsfreundlichen Parteien stimmen. Der bemerkenswerthe Aufruf schließt mit den Worten: „Arbeiter! Wir wollen nicht mehr unsere Meinung und unser Gewissen knechten und uns von ehrgeizigen Führern mißbrauchen lassen! Wer Socialdemokrat ist, mag es bleiben! Wer aber wie wir anders denkt, soll es frei und furchtlos bekennen! Wir wollen standhaft und mit Ernst unsere Interessen vertreten; dazu brauchen wir keine geheimen Versammlungen, wir brauchen das Licht des Tages nicht zu scheuen! Möge unser Ruf weit und breit ein Echo in den Herzen unserer Brüder finden! Möge der Bann der Socialdemokratie gebrochen werden! Möge eine neue, eine wirkliche Arbeiterpartei entstehen!" Jeder wirkliche Arbeiterfreund wird diesen Wunsch theilen und seine Freude über diese offene Kundgebung aus einem der von der Socialdemokratie seit Jahren gefährdetsten Wahlkreise haben.

Bei den **belgischen Gemeindewahlen** haben die Liberalen in Brüssel, Antwerpen und mehreren kleineren Städten über die Klerikal-Konservativen bedeutende Siege davongetragen. Es bleibt noch die Uebersicht über den Ausfall der Wahlen in den 2050 Gemeinden des Landes abzuwarten, bis man deren Bedeutung ermessen kann, soviel steht aber heute schon fest, daß das Kabinet Malou einen argen Stoß erlitten hat. Unter Umständen — schreibt der „Schw. M." — ist derselbe stark genug, um es in Bälde zu stürzen, dann nämlich, wenn der Ausgang der Wahlen eine solche Reaktion gegen die Kammerwahlen vom Sommer darstellt, daß König Leopold daraus den Muth und die Pflicht herleitet, Neuwahlen für die Kammer anzuordnen. Doch das hängt, wie gesagt, von der Bedeutung des Gemeindewahl-Sieges der Liberalen ab, dessen Umfang noch nicht bekannt ist. In erster Linie handelt es sich bei den Gemeindewahlen um das Schulwesen. Durch das neue klerikale Schulgesetz wurden die wichtigsten Kompetenzen in Bezug auf die Schule in die Hand der Gemeinderäthe gelegt. Die Gemeindeautonomie bildet die Grundlage des Gesetzes. Der Staat zog sich von den Schulen zurück; er erklärte in Sachen des Unterrichts den früheren Zwang nicht mehr ausüben zu wollen, aber auch die früheren Unterstützungen nicht mehr gewähren zu können. Er verpflichtet keine Gemeinde, mehr als eine öffentliche Schule zu unterhalten, leistet aber auch keinen Beitrag mehr an andere als an diese eine, und stellt es sogar den Gemeinden frei, ihre Mittel einer Privatschule zuzuwenden, statt aus denselben eine öffentliche Schule zu unterhalten, sofern nicht eine bestimmte Anzahl von Familienvätern die Aufrechterhaltung der Gemeindeschule geradezu fordern. So wurde in die Hand der Gemeinderäthe der Entscheid über den Fortbestand der allgemeinen und öffentlichen Schule gelegt. Ist der Gemeinderath in seiner Mehrheit klerikal, so sind seine Entschließungen bald getroffen. Er braucht nur dem Beispiele der Minister zu folgen, die in der Aufhebung höherer Lehranstalten, der Gymnasien und der Lehrerseminarien rücksichtslos vorangegangen sind. Die alten Gemeinderäthe haben bereits in vielen Orten das Beispiel der Regierung befolgt. Viele ländliche Gemeinderäthe, vor die Wahl gestellt, entweder tiefer in den Steuersäckel des Orts zu greifen oder die mit größter Bereitwilligkeit angebotene Hilfe von Privatschulen anzunehmen, auf denen der bischöfliche und priesterliche Segen ruht, haben sich ohne langes Besinnen für's letztere entschieden. So wurde Schule um Schule aufgehoben. In dem einzigen Arrondissement Antwerpen wurden von etwa 70 Gemeindeschulen alle bis auf etwa 10 aufgelöst. Lehrer und Lehrerinnen wurden entlassen und auf ein ganz ungenügendes Wartegeld gesetzt, das binnen kurzer Frist aufhört. An der Stelle der staatlich geprüften Erzieher nahmen die Schaaren der Lehrbrüder und Lehrschwestern, die Frankreich verlassen haben, weil sie ohne den staatlichen Prüfungsausweis nicht mehr unterrichten durften, von der belgischen Jugend Besitz. Wo dagegen die Gemeindebehörde liberal ist, da werden für die bedrohte Sache des Unterrichts und der Bildung die äußersten Opfer nicht gescheut. Die großen liberalen Städte haben beschlossen, ihre Schulen fortzuführen, aus eigenen Mitteln, da die Staatsunterstützung wegfällt. Bei einem Sieg der Klerikalen in diesen Städten hätten diese Beschlüsse nichts geholfen; sie wären eben nicht ausgeführt worden. Heute liegt die Sache anders; überall da, wo die Liberalen, welche beschlossen haben, ihre Schulen zu behaupten, gesiegt haben, ist auch die Ausführung ihrer Beschlüsse gesichert; und da, wo die Liberalen einen klerikalen Gemeinderath verdrängen, vermag manche Uebergabe der Schule an das klerikale Regiment rückgängig gemacht zu werden. Der liberale Gemeindewahl-Sieg bleibt darum auch dann, wenn er ein theilweiser, auf eine Anzahl von Städten beschränkter ist, ein großer Erfolg, der von einem unmittelbaren praktischen Nutzen begleitet ist. Vor allem aber gibt er den Liberalen Muth zu einem allgemeinen Wiederaufschwung. Ihre Einigkeit hat sie diesmal stark gemacht. Selbst die Arbeiterpartei hat ihren Groll gegen die Konservativ-Liberalen vergessen und zu guter letzt ihre Kandidatenliste zu Gunsten der konservativ-liberalen Listen zurückgezogen, da sie einsahen, daß es in ihrem Interesse liege, einmüthig gegen ihre Hauptfeinde, die Klerikalen, zu kämpfen, damit das öffentliche Schulwesen erhalten bliebe.

Deutschland.

* **Berlin**, 22. Okt. Heute Nachmittag 1½ Uhr fand unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Fürsten Bismarck eine Sitzung des preußischen Staatsministeriums im Reichskanzler-Palais statt. Man wird wohl nicht fehlgehen, wenn man annimmt, daß es sich hierbei vornehmlich um den preußischen Staatsrath gehandelt hat, wobei wohl festgestellt worden sein mag, welche Vorlagen demselben zugehen sollen. — Der Bundesrath hält morgen wieder eine Sitzung ab. Auf der Tagesordnung befinden sich u. a. die Dampfersubventions-Vorlage und die Gesetzentwürfe betreffend gewerbliche Anlagen und Ausdehnung der Unfallversicherung auf die Land- und Forstwirthschaft. Es sind zwei getrennte Gesetzentwürfe, durch welche die Unfallversicherung abgeschlossen werden soll. Die Vorlagen, die hier genannt sind, werden morgen eingebracht werden und kaum zur Verhandlung kommen, sondern voraussichtlich den zuständigen Ausschüssen zur Vorberathung überwiesen werden. — Einer offiziösen Korrespondenz zufolge ist der Gesetzentwurf betreffend die Errichtung einer überseeischen Bank bereits fertiggestellt. — Nachrichten aus dem Haag zufolge sollen in nächster Zeit, wahrscheinlich in einigen Wochen, hier in Berlin Besprechungen über die Fragen stattfinden, die mit der Fischerei des Rheinlachses zusammenhängen. An dieser Konferenz sollen Delegirte und Vertreter der betheiligten deutschen Rheinufer-Staaten, der Niederlande und der Schweiz theilnehmen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

— Mit dem Herzog Wilhelm von Braunschweig ist der älteste General der preußischen Armee gestorben. Der Herzog hat aktive Dienste im preußischen Heere nur kurze Zeit gethan, wurde aber bis zu seinem Tode in den Listen der aktiven Generäle weiter geführt. Am 17. Februar 1826 wurde er als Rittmeister beim 2. Garde-Ulanen- (Landwehr-) Regiment unter Aggregirung angestellt und am 22. Oktober 1828 zum Major befördert. Als er im April 1831 die Regierung übernommen hatte, mußte er selbstverständlich aus dem Dienste scheiden und erhielt unter dem 14. Mai 1831 den Abschied, mit der Erlaubniß, die Generalsuniform zu tragen. Am 6. März 1843 wurde er zum Chef des 10. Husaren-Regiments, welches am 1. Oktober cr. von Aschersleben nach Stendal versetzt ist, ernannt und gleichzeitig zum Generalmajor befördert. Am 30. März 1844, also bereits nach Jahresfrist, wurde er Generallieutenant und am 27. Juni 1848 General der Kavallerie.

Sybillenort, 22. Okt. Heute um 1 Uhr fand die Einsegnung der Leiche des verstorbenen Herzogs in der Vorhalle des Schlosses, woselbst der von Kerzen umgebene Sarg aufgestellt war, statt. Der Hofmarschall v. Bernewitz, der Kammerpräsident v. Hantelmann, der gesammte Hofstaat, die Adjutanten, die Schloßbeamten, Abordnungen der in Oels garnisonirenden Dragoner und Jäger waren bei der Einsegnung zugegen. Probst Thiele aus Braunschweig hielt eine kurze Ansprache, der ein Gebet folgte. Um 1¼ Uhr wurde die Leiche auf einem sechsspännigen Wagen, begleitet von der gesammten Trauerversammlung und unter großer Betheiligung der Bevölkerung der Umgegend, nach dem Bahnhofe geleitet. Auf dem Bahnhofe angekommen, wurde der Sarg von einem Sonderzuge aufgenommen. Bei der Einstellung des Sarges sprach Probst Thiele ein Gebet und richtete ein letztes Abschiedswort an die Leidtragenden aus dem Herzogthum Oels. Um 2½ Uhr verließ der Zug den Bahnhof.

Braunschweig, 22. Okt. Das für die Einholung der Leiche des Herzogs entworfene Programm ist „im Auftrage des Regentschaftsraths und im Einverständniß mit General v. Hilgers" vom Staatsministerium bekannt gemacht worden. Die Leiche trifft um Mitternacht hier ein und wird in feierlichem Zuge nach dem Residenzschlosse übergeführt. Den Zug eröffnen das Trompetercorps und zwei Schwadronen des herzoglichen Husaren-Regiments; darauf folgt der gesammte Hofstaat, die Geistlichkeit der Stadt Braunschweig mit Einschluß des reformirten Predigers, des katholischen Dechanten und des Rabbiners, sodann kommt der herzogliche Leichenwagen, neben welchem 18 Unteroffiziere und Fackelträger einherschreiten. Alsdann folgen der Hofprediger Abt Thiele, die Mitglieder des Regentschaftsraths und der Generalmajor v. Hilgers, die Mitglieder der Landesversammlung, die Stabsoffiziere, die Präsidenten, Direktoren und ältesten Räthe der Gerichts- und Verwaltungsbehörden, der Magistrat, die Stadtverordneten der Residenzstadt, die Direktoren des Museums, der technischen Hochschule, der Gymnasien und des Lehrerseminars. Den Zug schließen zwei Schwadronen des Husaren-Regiments.

Bonn, 21. Okt. Se. Königl. Hoheit der Prinz Leopold von Preußen ist heute zum Beginn seiner Studien hier eingetroffen.

Wiesbaden, 21. Okt. Der Kommunal-Landtag nahm die Vorlage betreffend die neue Kreisordnung mit einigen Modifikationen an und beantragte bei der Berathung der Vorlage über die Provinzialordnung die Bildung zweier selbständigen Provinzen Hessen und Nassau; zu letzterer solle Frankfurt a. M. gehören.

Sigmaringen, 22. Okt. Der Kaiser und der Kronprinz mit Gefolge sind um 1 Uhr 40 Min. abgereist. Die Schulen und die Kriegervereine bildeten Spalier und brachten zahlreiche Hochs aus. Der Abschied von dem Jubelpaar und dessen Gästen war sehr herzlich.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 22. Okt. Die „Polit. Korrespondenz" meldet: Erzherzog Franz Ferdinand von Este geht nach Braunschweig, um das Kaiserhaus bei der Leichenfeier des Herzogs zu vertreten, ebenso entsendet das 7. Dragonerregiment, dessen Inhaber der Herzog war, eine Offizierdeputation. — Die Polizei wies neuerdings eine größere Anzahl Socialisten aus.

Italien.

Rom, 22. Okt. Die Eisenbahn-Kommission hat die Berathung über die in dem Vertrage bezüglich des Mittelmeer-Netzes aufgestellten Kaufsbedingungen beendet. Bei einigen Artikeln wurde die Enscheidung bis nach Anhörung der Minister hinausgeschoben. Die Dauer aller Verträge wurde von 30 auf 20 Jahre herabgemindert. Sodann trat die Kommission in die Berathung der Verträge bezüglich des adriatischen und sicilianischen Netzes ein. — Es erkrankten bezw. starben an der Cholera in Aquila 3 bezw. 2, in Brescia 4 bezw. 1, in Cuneo 22 bezw. 12, in Neapel 39 bezw. 15, wovon Stadt 25 bezw. 12, Genua, Modena, Parma je 1 bis 3 Erkrankungen bezw. Todesfälle.

Frankreich.

Paris, 22. Okt. Ferry empfing eine Deputation aus den nördlichen Departements. Er äußerte dabei, daß die Frage der Erhöhung der Getreideeinfuhr-Zölle sehr ernste gründliche Prüfungen erfordere. — Der Pariser Gemeinderath wählte heute nach Eröffnung der Tagung den Autonomisten Boue mit 36 gegen 21 Stimmen, die der Opportunist Vauthier erhielt, zum Präsidenten. Boue war früher Advokat in der Provinz und ist seit 1873 Weinhändler in Paris. Die übrigen gewählten Mitglieder des Bureaus sind gleichfalls Autonomisten. — Das Blatt „Paris" schreibt: Folgendes sind die amtlichen Angaben über die Verhältnisse unserer Streitkräfte in Ostasien: Das Expeditionscorps in Tonkin zählt 15,000 Mann, einschließlich der eingeborenen Truppen. Die Nothwendigkeit, die Garnisonen zu erhalten, verringert die Zahl der eigentlich aktiven Truppen auf 6- bis 7000, einschließlich der anamitischen Schützen. Admiral Courbet verfügt über 2800 Mann, einschließlich der Landungskompagnien; um die beiden Befehlshaber in den Stand zu setzen, die errungenen Vortheile auszubeuten, wird die Absendung von 10,000 Mann Verstärkungen nöthig sein, nämlich 7000 Mann nach Tonkin, die Brière gestatten würden, ohne Unterbrechung außer den Besatzungen eine kleine Armee von 12,000 Mann zur Hand haben; ferner 3000 Mann für Admiral Courbet, damit dieser die Punkte an der Küste Formosa, wie ihm dienlich scheint, besetzen kann. Bei dieser Gesammtzahl von 10,000 Mann dürfte die Kammer stehen bleiben können.

Rouen, 22. Okt. Zufolge Gerüchten, wonach in Yport (Kanton Fecamp am Kanal La Manche) die Cholera ausgebrochen und von zehn Erkrankten fünf gestorben seien, begab sich der Präfekt des Departements Seine Inferieure nach Yport, um festzustellen, ob wirklich die asiatische Cholera vorhanden und die erforderlichen Maßregeln zu treffen seien.

Belgien.

Brüssel, 22. Okt. In Courtrai, Hasselt und einigen Dörfern bei Mecheln haben Ruhestörungen stattgefunden. — Außer mit Bara und Pirmez hat der König auch mit dem früheren Minister des Innern, Rolin-Jacquemyns, über die infolge der Gemeinderaths-Wahlen entstandene Lage berathen. Heute Vormittag fand ein Ministerrath statt, worauf der Conseilspräsident Malou sich zum Könige begab.

Großbritannien.

London, 22. Okt. Der Kanzler des Schatzamts, Childers' erklärte in einer vor den Wählern in Knottingley gehaltenen Rede, daß die Regierung in diesem Jahre gehofft habe, die egyptischen Finanzen im Einvernehmen mit Frankreich und den andern Mächten auf eine bessere Grundlage zu stellen, diese Hoffnung sei jedoch durch die französische Kammer vereitelt worden. Er hege die Hoffnung, daß die auf Northbrooks Bericht gegründeten Vorschläge England und Europa befriedigen werden. Er sei über das bei der Umwandlung der Konsols erzielte Ergebniß nicht enttäuscht, die Regierung könne die Umwandlung innerhalb zwei Jahren nicht nur so oft, wie sie es für angezeigt halte, wieder anregen, sondern auch mit Genehmigung des Parlaments auf einen Theil der Konsols die obligatorische Umwandlung anwenden.

Manchester, 22. Okt. Stanley hat vor einer zahlreichen Versammlung über die Mittel zur Eröffnung eines bedeutenden Handels am Congo eine längere Rede gehalten und erklärt, daß es in Rücksicht hierauf unmöglich erscheine, einem einzelnen Staate wie Portugal die Aneignung der Souveränetät am Congo zu gestatten. Stanley empfahl, der internationalen Gesellschaft zu überlassen, als Hüterin des internationalen Rechts und des freien Verkehrs aufzutreten.

Rußland.

St. Petersburg, 22. Okt. Nach einem amtlichen Communiqué betreffs der Studentenunruhen in Moskau erfuhr der Rektor am 14. Oktober, daß unter den Studenten eine Bewegung über die Kieffer Vorfälle bemerkbar sei, daß die Agitatoren Störung der Ordnung, insbesondere Zertrümmerung der Fensterscheiben der Universitätsdruckerei planten. Gegen 8 Uhr Abends fand auf dem Strastnoi-Boulevard vor der Universitätsdruckerei eine Zusammenrottung von Studenten statt, welche Lieder sangen und großen Lärm machten. Sämmtliche Theilnehmer, insgesammt 110, wurden alsbald verhaftet. An dem Verhaftungsorte wurden an 40 Steine, mehrere Kassetten und Uhrgewichte gefunden, welche von den Ruhestörern beim Erscheinen der Polizei fortgeworfen waren. Unter den Verhafteten befinden sich 66 Moskauer Universitätsstudenten. Das Verhör ergab, daß der Hauptanstifter des Straßenskandals ein Moskauer Student namens Peter Roshdestwensky war, der bereits im Jahre 1883 in eine politische Affaire verwickelt war und begnadigt wurde. In der Universität selbst ist die Ruhe nirgends gestört. Die Vorlesungen dauern ununterbrochen fort.

Serbien.

Belgrad, 22. Okt. Der Finanzminister Pawlowitsch ist aus dem Kabinet ausgeschieden. Als Beweggründe seines Rücktritts werden Gesundheitsrücksichten angegeben. Der Ministerpräsident Garaschanin hat zu dem Ministerium des Auswärtigen das Ministerium der Finanzen übernommen; der Kassationsrath Rajovic erhält das Ministerium der Volkswirthschaft und Ministerialsekretär Popovic das Unterrichtsministerium. Die übrigen Minister behalten ihre Aemter.

Egypten.

Kairo, 22. Okt. Lord Northbrook wurde heute Vormittag vom Khedive in Abschiedsaudienz empfangen.

Nordamerika.

New-York, 22. Okt. Der Gesandte in Berlin, Kasson, ist zum Vertreter der Vereinigten Staaten auf der westafrikanischen Konferenz ernannt worden.

Australien.

Sidney, 22. Okt. Das englische Kriegsschiff „Nelson" proklamirte das englische Protektorat über die Südost-Küste Neuguineas in der Orangebucht.

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 23. Oktober.

‡ (Die Einnahmen der badischen Staats-Eisenbahnen) betrugen im Monat September:

	aus dem Personenverkehr	aus dem Güterverkehr	aus sonstigen Quellen	Summa	Januar bis mit Septbr.
	M.	M.	M.	M.	M.
nach provisor. Feststellung 1884	1,428,008	1,873,373	231,787	3,533,168	26,472,570
nach definitiver Feststellung 1883	1,391,949	1,785,611	239,312	3,416,872	25,923,202
1884 mehr	36,059	87,762	—	116,296	549,368
„ weniger	—	—	7,525	—	—

* (Der Wahlausschuß der nationalliberalen Partei im 10. Reichstags-Wahlkreis) veröffentlicht durch die Blätter folgenden Aufruf an die Wähler des 10. Wahlkreises Karlsruhe-Bruchsal: Die Wahlen zum Reichstage stehen bevor. Es gilt, Männer zu entsenden, welche mit patriotischer Hingabe für das Wohl und die Machtstellung des Reiches ein warmes Herz für wahre bürgerliche Freiheit, für die geistigen und materiellen Interessen des Volkes verbinden. Die Ereignisse der letzten Zeit haben klar erwiesen, daß allein unsere von den Grundsätzen maßvoller Freiheit getragene Mittelpartei im Stande ist, in selbständigem Zusammenwirken mit der Reichsregierung in gedeihlicher Weise die wichtigen Aufgaben zu erfüllen, welche auf politischem, volkswirthschaftlichem und socialem Gebiete an die Gesetzgebung herantreten. Wähler! Daß von dem Ultramontanismus kein Heil für das Reich, kein Heil für das Volk zu erwarten, ist längst offenbar und von ehemaligen Anhängern dieser Partei, aufrichtigen Katholiken, selbst anerkannt. Statt den Frieden des Staates und der Kirche zu wollen, den der Erzbischof selbst in unserer Regierung unter Zustimmung der Landesvertretung vereinbarte, schürt der Ultramontanismus, wie überall im Reich den Krieg. Die Religion verkehrt er in Politik. Nicht das Wohl des Volkes, sondern eigene Herrschsucht leitet seine Abstimmungen, wenn er auch klug seine wahren Gesinnungen verbirgt. Darum, reichstreue Katholiken, stehet ein für den Kandidaten derjenigen Partei, welche den Frieden zwischen Staat und Kirche, den Frieden unter den Konfessionen will und hält, stehet also ein für die nationalliberale Partei! Wähler! Mißtrauet den Radikalen, den Demokraten, die alle möglichen Freiheiten im Munde führen, in Wahrheit aber und wenn sie an's Ruder kämen, nach den Erfahrungen aller Zeiten die schlimmsten Tyrannen gegen Andersdenkende sind. Mißtrauet den neuesten, wahrhaft rückschrittlichen Sonderbestrebungen, welche mit alten, von unseren Vätern schon als volksschädlich erkannten Mitteln, wie Zwangs- und Bannrechten, alle Schäden und insbesondere die des Handwerks heilen zu können glauben. In Wahrheit hindern sie nur die wirkliche Gesundung des Handwerks auf einer in den modernen Lebens- und Erwerbsverhältnissen allein möglichen Grundlage. Wähler des X. Bezirks! Unsere Partei, die des besonnenen, den Bedürfnissen des Volkes Rechnung tragenden Liberalismus, ist entschlossen, einzutreten: für die Erhaltung und Befestigung der Machtstellung des Reiches als der Bedingung unserer gesicherten nationalen Existenz; für die Erschließung neuer Quellen des Wohlstandes des Volkes, insbesondere durch Förderung der durch unsern Reichskanzler so erfolgreich eingeleiteten Kolonialpolitik; für energischen Schutz der Bürger gegen die umstürzerischen Bestrebungen der Socialdemokratie und ihres verbrecherischen Anhanges; für die Gesetzgebung zur Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen, aber auch für Maßregeln, welche die Ausbeutung der Arbeitsamen durch Arbeitsscheue verhindern. Wir treten ferner ein: für den als nothwendig erkannten Schutz der nationalen, und insbesondere der landwirthschaftlichen Arbeit gegenüber dem Ausland und der Spekulation; für sachgemäße, die unlautere Spekulation in erster Linie treffende Heranziehung des Börsenverkehrs zu den Staatslasten, keineswegs aber für eine allgemeine Geschäftssteuer; für Erstarkung des Handwerks auf der Grundlage freier, korporativer Verbände; für Maßregeln zur Bekämpfung der auf dem Gebiete des Erwerbslebens hervortretenden unsoliden, mißbräuchlichen Ausnutzung der Gewerbefreiheit; wir stehen ein für eine vernünftige Sparsamkeit auf allen Gebieten. Wir halten fest an den verfassungsmäßigen Rechten des Volkes und seiner Vertretung. Unsere Partei verschmäht es, der Reichsregierung in verbissener Opposition entgegenzutreten, sie prüft sachlich, in Liebe zum Vaterlande! Wähler! Zu diesen Grundsätzen und Aufgaben bekennt sich der Kandidat der nationalliberalen Partei für den X. Wahlkreis, Herr Dr. Arnsperger, Medizinalrath in Karlsruhe, ein Mann, aus dem Volke hervorgegangen, in langjähriger treuer Arbeit für seine Mitbürger erprobt, mit den Bedürfnissen des Volkes wie je einer vertraut, nach oben und unten durchaus unabhängig. Herr Dr. Arnsperger sei euer Vertrauensmann zum deutschen Reichstag! Versäume keiner seine Pflicht am Wahltage!

* (Das Lotterieunternehmen des Karlsruher Künstlervereins) erfreut sich des besten Erfolges. Von den 30,000 zur Ausgabe gelangenden Loosen sind bereits über 24,000 Stück ausgegeben. Der Ziehungstermin ist definitiv der 15. Dezember d. J. Alle Schichten der Gesellschaft haben ihren Antheil an dem Gelingen dieses gemeinnützigen Werkes durch Abnahme von Loosen bekundet. Verkaufsstellen hat das Generaldebit (Herr Karl Bregenzer in Karlsruhe) in allen Städten Badens errichtet.

✉ **Baden**, 21. Okt. (Der hiesige Kriegerverein), welcher einer der stärksten Vereine im Badischen Militärvereins-Verband ist, da er über 400 Mitglieder zählt, hielt letzten Samstag im „Hotel Baldreit" seine ordentliche Generalversammlung ab, auf deren Tagesordnung außer Entgegennahme des Jahres- und Rechenschaftsberichts die Neuwahl des Vorstandes stand. Bei der letzteren wurde der seitherige Präsident, Herr Premierlieutenant a. D. Zimmer, durch Akklamation einstimmig wiedergewählt. Aus dem Rechenschaftsbericht soll hervorgehoben werden, daß der Verein einen Unterstützungsfond von 1170 M. besitzt, der aus laufenden Mitteln datirt wird. Im vergangenen Jahre wurden an 18 Mitglieder 311 M. an Unterstützungen gewährt. Die Jahreseinnahmen betrugen 2532 M., die Ausgaben 2677 M., so daß sich ein Ausgabeüberschuß von 145 M. ergibt, der durch zahlreiche Neuanschaffungen hinreichend erklärt ist. Kommenden Sonntag soll eine Versammlung der Vorstände sämmtlicher Krieger- und Militärvereine aus den Aemtern Baden und Bühl behufs Bildung eines Oosgau-Kriegervereins-Verbandes hier stattfinden. An einem günstigen Resultate der Verhandlungen ist nicht zu zweifeln.

— (Für die Loosabnehmer der städtischen Lotterie) dürfte die Nachricht Interesse haben, daß im Hinblick auf die Reichstags-Wahlen der auf 28. Oktober bestimmt gewesene Ziehungstermin der 2. Klasse mit Genehmigung des Großh. Ministeriums des Innern auf den 29. Oktober verlegt worden ist.

* **Rastatt**, 22. Okt. (Zur Reichstags-Wahl. —

Krankenkassen-Wesen. — Abschiedsfeier.) Die Zahl der in hiesiger Stadt befindlichen Reichstagswahl-Berechtigten beträgt 1225. — Auf ergangene Einladung von Seiten des Herrn Bürgermeisters Hirtler und unter dem Vorsitze desselben fand gestern Nachmittag auf dem hiesigen Rathhause eine Besprechung wegen Einführung der Krankenversicherung der Arbeiter statt, an welcher der Großh. Amtmann Herr Dr. Turban, die Herren Aerzte Medizinalrath Schenck und Dr. Bopp, einige Mitglieder des Gemeinderaths, sowie die größeren Gewerbetreibenden hiesiger Stadt theilnahmen. Die auf die Tagesordnung gestellte Frage, ob es nothwendig sei, in der Stadt Rastatt eine Orts-Krankenkasse zu errichten, gelangte zur eingehenden Erörterung, wurde aber verneint, besonders nachdem von Herrn Amtmann Dr. Turban der Nachweis geliefert war, daß die zur Errichtung einer solchen Kasse im Gesetze vorgeschriebene Zahl von wenigstens hundert Arbeitern einer Berufsklasse oder verwandter Geschäftsbranchen nicht vorhanden sei. Da ferner eine große Zahl der hiesigen Arbeiter im Kranken-Unterstützungsverein gegen Krankheit versichert sei und in demselben verbleiben wolle, dieser Verein auch den Anforderungen des Gesetzes genüge, so könne von der Gründung einer neuen Kasse Umgang genommen werden, zumal die Errichtung einer Bezirks-Gemeindeversicherung bereits beschlossen sei, in welche alle der genannten freien Hilfskasse nicht angehörenden Arbeiter eintreten müßten. Der ebenfalls zur Berathung beigezogene Vorstand des Kranken-Unterstützungsvereins gab näheren Aufschluß über die Verhältnisse des Vereins, wobei er hervorhob, daß die Gründung und Fortführung einer Orts-Krankenkasse sowohl den Arbeitern wie Arbeitgebern größere Opfer auferlegen würde, als der Beitritt zum und die Mitgliedschaft im bestehenden Verein, dessen fortwährendes Wachsthum und Gedeihen den Beweis liefere, daß derselbe seinen Angehörigen nach allen Seiten gerecht werde. Wenn die Herren Arbeitgeber den von ihnen gesetzlich zu zahlenden Dritttheil des Beitrags zur Krankenversicherung dem Verein zuwenden würden, so sei dieser in der Lage, seinen Mitgliedern immer größere Vortheile zu bieten. Die anwesenden Herren Arbeitgeber gaben die Versicherung, dem Verein kräftig unter die Arme zu greifen, und wenn die übrigen Gewerbetreibenden hierin nicht zurückstehen, so wird die Frage der Krankenversicherung in hiesiger Stadt zur allseitigen Zufriedenheit gelöst. — Morgen verläßt Hr. Friedrich Zahn, seit 7 Jahren Vorstand der hiesigen Obereinnehmerei, unsere Stadt, um als Großh. Oberzollinspektor in Freiburg einen neuen Wirkungskreis zu finden. Hr. Zahn wußte sich während der genannten Zeit nicht allein in Rastatt, sondern auch im ganzen Amtsbezirk durch sein freundliches, zuvorkommendes Benehmen gegen jedermann, der mit ihm in dienstliche Berührung kam, allseitige Zuneigung zu erwerben. Allgemein anerkannt ist auch seine unermüdliche, aufmunternde und belehrende Thätigkeit auf allen volks- und landwirthschaftlichen Gebieten, sowie seine rege und eifrige, einer warmen, aufrichtigen Vaterlandsliebe entsprossene Theilnahme an allen öffentlichen Angelegenheiten überhaupt. So zeigte denn auch die auf gestern Abend vom Militärverein zu Ehren seines Mitgliedes Hrn. Zahn veranstaltete Abschiedsfeier im Kronensaale, an der auf ergangene Einladung hiesige Einwohner aus allen Berufsklassen in sehr großer Anzahl sich betheiligten, welch' hohen Maßes von Beliebtheit und Werthschätzung der Scheidende sich seiner hervorragenden Herzens- und Geisteseigenschaften wegen zu erfreuen hat. Den Gefühlen für Herrn Zahn und dem Bedauern darüber, daß wir ihn künftig zu vermissen haben werden, verliehen zunächst der Vorstand des Militärvereins, Herr Kränkel, sodann die Herren Anwalt Stigler und Professor Steiert in trefflichen Worten den gebührenden Ausdruck. Herr Kränkel überreichte während seiner Ansprache Herrn Zahn das Diplom, welches ihn zum Ehrenmitglied des Militärvereins ernennt. Bewegt dankte der Gefeierte für die ihm zu Theil gewordenen Beweise der Anerkennung und Verehrung und nahm schließlich in herzlichster Weise Abschied von Rastatt und allen Freunden.

§* **Pforzheim**, 22. Okt. (Künstlerisches.) Für den Winteranfang ist hier eine Reihe höherer musikalische-dramatischer Genüsse vorgesehen. Morgen geben die renommirte Violinvirtuosin Fräulein Arma Senkrah und der Pianist Felix Dreyschock im Museum ein Abonnements-Konzert. Sonntag den 2. November findet ein Konzert des Musikvereins statt, bei welchem der berühmte Violinist Dengremont, Altistin Frau Wegner und der Pianist Hr. Paul Eckhoff mitwirken werden. Die Museumsgesellschaft veranstaltet nach gepflogenen Verhandlungen mit Mitgliedern des Großherzoglichen Hoftheaters in Karlsruhe einen Cyklus von acht Lustspielen, dramatischen Scherzen ꝛc., bei welchem nur Künstler der Hofbühne auftreten. Nächsten Sonntag wird die erste Vorstellung stattfinden und sollen die übrigen sieben auf die ganze Wintersaison — von Oktober bis April — sich vertheilen. Auch das hiesige Theater bemüht sich unter der Direktion des Herrn Detloff dem Publikum durch gute Auswahl und anerkennenswerthes Spiel angenehme Abende zu bieten.

* **Mannheim**, 20. Okt. (Aus der Sitzung der Handelskammer.) In Bezug auf den letzten Jahresbericht wird mitgetheilt, daß neben zahlreichen anderen Dankschreiben auch aus dem Geheimen Kabinette Sr. Königlichen Hoheit des Großherzogs eine Zuschrift an die Kammer gelangt sei. Wir dürfen als von allgemeinem Interesse aus derselben wohl folgende Stelle hervorheben: „Seine Königliche Hoheit haben mit gewohnter Theilnahme den Bericht entgegengenommen und der eingehenden Behandlung, welche darin alle Geschäftszweige des Handels und der Industrie sowie die kommerziellen und die industriellen Hilfsanstalten gefunden haben, Höchst Ihre volle Aufmerksamkeit zugewendet. Die Erscheinungen, welche eine zufriedenstellende Beurtheilung des Gesammtergebnisses der Bewegung in Handel und Industrie während des vergangenen Jahres beeinträchtigen, haben in dem Bericht eine sehr eingehende Würdigung erfahren, so daß die Annahme berechtigt erscheint, es werde in den betheiligten Kreisen die von der Handelskammer ausgehende Belehrung ihre wohlthätige Wirkung üben und damit die Uebel rechtzeitig abgewendet werden, welche aus der Nichtbeachtung bestehender Gefahren erwachsen könnten." Mit welcher Aufmerksamkeit der Jahresbericht der Kammer gelesen wird, bezeugt ferner eine Reihe von Zuschriften von Seiten der Generaldirektion der Großherzoglichen Eisenbahnen. — Auf die seiner Zeit erfolgte Vorstellung der Handelskammer bezüglich der Postdampfer-Subvention dürfte auch heute, wo die baldige Wiedervorlage zu erwarten ist, von Interesse sein, was der Kaiserliche Oberpostdirektor Herr Geheime Oberpostrath Heß an die Kammer d. d. 24. Juni l. J. schrieb. Derselbe dankte „für die Uebersendung eines Abdrucks der trefflichen und beredten Vorstellung an den Herrn Reichskanzler, in welcher die südwestdeutsche Handelsempore ihre gewichtige Stimme zu Gunsten des Zustandekommens einer deutschen Dampferlinie nach Ostasien und Australien erhoben und damit nicht nur ihr oft bethätigtes lebendiges Interesse für die Förderung deutschen Handels und Verkehrs, sondern auch den wahren nationalen Sinn bekundet hat, der die Pulsschläge deutscher Macht und Größe nicht in unfruchtbarem Widerstande, sondern in thatkräftigem Handeln fühlen will. Die Handelskammer hat sich damit in ehrendster Weise den allseitigen Kundgebungen angereiht, welche als mächtige Stütze das geplante nationale Unternehmen schließlich doch in's Leben rufen werden." Ein sehr interessantes Material ist in der von der Kammer als Vorort des 1880 im Delegirtenkongresse rheinischer und süddeutscher Handelskammern und Vereine veranlaßten Umfrage betreffend die Surtaxe d'entrepôt eingelaufen; es wird beschlossen, der Frage dann näher zu treten, wenn sie wirklich in ein aktuelleres Stadium getreten sein wird. Die Centralkommission für die Rhein-Schifffahrt veranstaltet eine Sammlung der Gesetze bezüglich der Rhein-Schifffahrt in den Rheinufer-Staaten. Der Handelskammer wurde diese Sammlung mit der Frage vorgelegt, ob sie Anlaß zu Bemerkungen habe. Es wurde lediglich der Wunsch ausgesprochen, daß ein erschöpfendes alphabetisches Verzeichniß angefügt werde.

Theater und Kunst.

** (Kunstnotizen.) Eine neue Kraft auf dem Gebiete des dramatischen Gesanges macht augenblicklich in Kiel großes Aufsehen; es ist dies Fräulein Ferrand, eine junge vielversprechende Künstlerin, welche bereits als Elsa und Valentine höchst beifällig debütirte. — Große Ovationen sind dem Walzerkönige Johann Strauß zum Jubiläum bei der Festvorstellung im Theater an der Wien zu Theil geworden. Ein Beifallssturm brach los, als der Jubilar an das mit Blumen überschüttete Dirigentenpult trat. Darauf dirigirte er schwungvoll die „Indigo"-Ouverture, dann den ersten Akt aus „Eine Nacht in Venedig", im Zwischenakte den Donauwalzer, welcher alle elektrisirte, endlich den zweiten Akt der „Fledermaus". Darin erschienen (unter den Masken bei Prinz Orlofsky) außer den „Fledermaus"-Figuren, der König aus „Spitzentuch der Königin", Vulcanio aus „Prinz Methusalem", Else aus „Lustiger Krieg", Maler Bryk aus „Karneval in Rom" u. A., von denen jedes ein Lied oder Couplet mit Beziehungen auf das Jubiläum oder den Jubilar vortrug. Zuletzt fand die Ueberreichung einer Adresse und einer goldenen Medaille an den Jubilar vor dem Publikum statt. — Der bekannte Dichter Hermann Linag in München hat ein neues Stück, einen Einakter unter dem Titel: „Gögni's letzte Heerfahrt" vollendet. — In München hatte Reinthaler's Preisoper „Das Käthchen von Heilbronn", Text von Bulthaupt, bei ihrer Première einen vollen Erfolg. Die Oper wird als ein durchaus achtunggebietendes, über gewöhnliche Kapellmeistermusik sich weit erhebendes Werk bezeichnet. Der Komponist zeige sich überall als Meister über die Mittel seiner Kunst und bezeuge namentlich in der Instrumentation eine Feinheit des Geschmacks, eine Bescheidenheit in Farbenauftrag, wie sie in unseren Tagen, wo selbst die Operette mit dem Tam-Tam einer großen Oper in Scene gesetzt wird, sehr selten geworden ist. — Der neueste „Scherz" Hans v. Bülow's, den er auf der demnächstigen Konzerttournée der herzogl. meiningischen Hofkapelle zu produziren gedenkt, besteht darin, Klavierkonzerte ohne jede Direktion des begleitenden Orchesters zu spielen, nicht blos die bekannten älteren von Beethoven, sondern z. B. auch das neueste von Brahms. Ohne jeden Wink des Spielers bringt es die wohldisziplinirte Kapelle zu Stande, dieses enorm schwierige Ensemblestück mit derselben Präzision durchzuspielen, als ob es eine Quadrille wäre. Da Herr von Bülow bereits häufig während der Aufführung sogar größerer Sinfonien keinen Gebrauch vom Taktstock gemacht hat, so dürfte es sich als ökonomisch empfehlen, künftig nur noch einen herzoglichen Kassenbeamten mit der Kapelle reisen zu lassen.

* (Großh. Hoftheater.) In Karlsruhe. Freitag den 24. Okt. 112. Ab.-Vorst.: **Hie Welf — hie Waiblingen**, Vaterländisches Schauspiel in 5 Akten von Eduard Tempeltey. Anfang ½7 Uhr.

Herbstberichte.

Königheim, Amts Tauberbischofsheim. Einen ungemein reichen Herbst ergibt die soeben im Gang befindliche Weinlese. Bis jetzt wurde kein Most unter 80 Grad gewogen. Käufer erwünscht. — In Unterbalbach ist das Herbsterträgniß, insoweit es verkäuflich war, abgegeben. Es kamen dorthin letzter Tage Weinhändler, die mit leeren Fässern wieder abziehen mußten. Für rothes Gewächs wurden 38, weißes 35 M. bezahlt. Gewicht bis 85 Grad. — Markdorf, Amts Ueberlingen. Wir sind bereits in der zweiten Hälfte unserer Weinlese angekommen, welche vollständig befriedigend ausfällt. Der Wein geht ziemlich rasch ab und haben nur noch eine kleine Zahl Winzer nicht verkauft. Die Preise bewegen sich zwischen 19 bis 23 M. per Hektoliter Weißwein und 30 bis 40 M. für Rothwein.

Verschiedenes.

— **Berlin**, 22. Okt. (Herrig's „Konradin") hatte im Schauspielhause guten äußeren Erfolg. Der Verfasser wurde 6 mal gerufen.

Neueste Telegramme.

(Nach Schluß der Redaktion eingetroffen.)

Berlin, 23. Okt. Im Laufe des Vormittags empfing der Kaiser den Besuch der Prinzessin Friedrich Karl, Mittags um 12 Uhr den des Erbprinzen und der Erbprinzessin von Sachsen-Meiningen. Von 1 Uhr Nachmittags ab arbeitete der Kaiser mit dem Chef des Militärkabinets, v. Albedyll, und hatte sodann eine längere Konferenz mit dem Fürsten Bismarck.

Berlin, 23. Okt. Der Bundesrath überwies die Vorlagen, die Ausdehnung der obligatorischen Unfallversicherung auf die Transportgewerbe, sowie die Dampfersubvention betreffend an die Ausschüsse zur Vorberathung. Die Frage der Legitimation einer Vertretung Braunschweigs im Bundesrath wurde heute nicht berührt.

Braunschweig, 23. Okt. Der Extrazug mit der Leiche des Herzogs traf um 12 Uhr 7 Minuten Mittags unter dem Trauergeläute sämmtlicher Glocken auf dem Bahnhof ein. Nach einem kurzen Gebet des Abtes Thiele wurde der Sarg von 18 Unteroffizieren aufgehoben und auf den von einem Baldachin überragten Leichenwagen gestellt. Die Truppen präsentirten während dieses Aktes. Der Zug setzte sich sodann in der gestern angegebenen Reihenfolge in Bewegung. Die Spitze und den Schluß des Zuges bildeten je zwei Eskadrons Husaren. Neben dem von sechs Pferden gezogenen Leichenwagen schritten 24 Fackelträger. Auf den Straßen, welche der Leichenzug passirte, bildeten die Kriegervereine, Schützen, Turner und andere Korporationen Spalier. Die Gaskandelaber waren umflort. Aus der Stadt und dem Herzogthum waren viele Tausende von Menschen auf den Straßen und an den Fenstern. Im Residenzschloß fand noch eine kurze Trauerfeierlichkeit statt.

Rom, 23. Okt. Dem Vernehmen nach beschäftigte der gestrige Ministerrath sich mit der Frage der Beitragsleistung des Staates zu den Kosten der Assainirung Neapels. — Das Ministerium nahm einen großen Theil der von der Eisenbahn-Kommission in der Tarif-Frage beantragten Amendements an.

Paris, 23. Okt. Der „Agence Havas" zufolge ist nunmehr festgestellt, daß in den letzten acht Tagen in Yport bei Rouen 11 Erkrankungen und 6 Todesfälle in Folge Cholera vorgekommen sind. Man glaubt, daß die Krankheit durch Matrosen, welche aus Cette kamen, eingeschleppt worden ist.

Verantwortlicher Redakteur: Karl Trost in Karlsruhe.

Familiennachrichten.

Karlsruhe. Auszug aus dem Standesbuch-Register.

Geburt. 19. Okt. Adolf August, V.: Dan. Rieger, Schuhmacher.

Todesfall. 22. Okt. Luise, 7 M. 10 T., V.: Schriftsetzer Heck.

Witterungsbeobachtungen der Meteorologischen Station Karlsruhe.

Oktober	Barom. mm	Thermom. in C.	Absolute Feucht. in mm	Relative Feuchtigkeit in %	Wind.	Himmel.
22. Nachts 9 Uhr	755.2	+ 9.4	6.5	74	NE 1	bedeckt
23. Mrgs. 7 Uhr	753.2	+ 4.0	5.5	90	NE 0	klar
„ Mittgs. 2 Uhr	751.1	+12.4	5.6	52	E 1	sehr bew.

Wasserstand des Rheins. Maxau, 23. Okt., Mrgs. 3.06 m, gefallen 2 cm.

Wetterkarte vom 23. Oktober, Morgens 8 Uhr.

Ueberficht der Witterung. Das barometrische Maximum ist ostwärts fortgeschritten und liegt dessen Kern jetzt über dem westlichen Rußland, während eine Depression westlich von den Britischen Inseln vom Ocean heranzunahen scheint. Ueber Centraleuropa ist das Wetter im Süden heiter, im Norden neblig, sonst trocken. In Deutschland liegt die Temperatur im Norden über, im Süden vielfach unter der normalen. (Deutsche Seewarte.)

Frankfurter telegraphische Kursberichte

vom 23. Oktober 1884.

Staatspapiere.			
4% Reichsanleihe	103⅝	Buschtehrader	148⅞
4% Preuß. Cons.	103 5/16	Nordwestbahn	146⅛
4% Baden in fl.	101⅝	Elbthal	154½
4% „ i. Mrk.	102 11/16	Mecklenburger	209⅝
Oester. Goldrente	86 7/16	Hess. Ludwig	113¼
„ Silberr.	68 7/16	Lübeck-Büchen	171½
4% Ungar. Goldr.	77 11/16	Gotthard	93⅞
1877er Russen	95⅞	**Loose, Wechsel ꝛc.**	
II. Orientanleihe	60½	Oest. Loose 1860	118¾
Italiener	95 13/16	Wechsel a. Amst.	168.20
Egypter	61 15/16	„ „ Lond.	20.37
Banken.		„ „ Paris	80.82
Kreditaktien	241¼	„ „ Wien	166.95
Disconto-Comm.	197⅞	Napoleonsd'or	16.23
Basler Bankver.	134¾	Privatdisconto	3½
Darmstädter Bank	152	Bad. Zuckerfabrik	76¼
Wien. Bankverein	86½	Alkali Wester.	143
Bahnaktien.		**Nachbörse.**	
Staatsbahn	252	Kreditaktien	240½
Lombarden	124⅝	Staatsbahn	252
Galizier	207¾	Lombarden	124⅝
		Tendenz: still.	

Berlin.		Wien.	
Oest. Kreditakt.	483.50	Kreditaktien	288.20
„ Staatsbahn	505.50	Marknoten	59.85
Lombarden	251.50	Tendenz: —.	
Disco.-Comman.	197.60	**Paris.**	
Laurahütte	103.50	4½% Anleihe	109.17
Dortmunder	68.10	Spanier	59⅞
Marienburger	80.50	Egypter	314
Böhm. Nordbahn	—.—	Ottomane	577
Tendenz: —		Tendenz: —.	

Preußische Central-Bodencredit-Actiengesellschaft.

Convertirung

der 5%igen zum Nennwerth rückzahlbaren Pfandbriefe

der

Preußischen Central-Bodencredit-Actiengesellschaft

vom Januar 1873

in 4%ige Pfandbriefe.

Nachdem die in unserer Bekanntmachung vom 29. September d. J. bezeichnete Frist zur Convertirung eines größeren Theils sämmtlicher von uns emittirten 5% zum Nennwerth rückzahlbaren Pfandbriefe abgelaufen ist, bringen wir zur Kenntniß,

daß die 5%igen Pfandbriefe der Emission vom Januar 1873 ihrem vollen Restbetrage nach behufs Rückzahlung am 1. Juli 1885 zur Ausloosung gebracht werden sollen.

Für diese Pfandbriefe bieten wir die Convertirung in 4%ige Pfandbriefe unter den in unserer Bekanntmachung vom 29. September bezeichneten, nachstehend wiederholten Bedingungen noch für eine Frist

bis einschließlich den 4. November 1884

hierdurch an.

1. Die Convertirung erfolgt
   in Berlin bei der unterzeichneten Direction,
   bei der Direction der Disconto-Gesellschaft,
   bei Herrn S. Bleichröder,
   in **Frankfurt a. M.** bei den Herren **M. A. von Rothschild & Söhne,**
   in Köln bei den Herren Sal. Oppenheim jun. & Co.
   und zwar bei jeder Stelle in den bei derselben üblichen Geschäftsstunden.
2. Für die unter der Bezeichnung „II. Emission des Jahres 1884" auszugebenden 4%igen Pfandbriefe der Preußischen Central-Bodencredit-Actiengesellschaft gelten dieselben Bestimmungen, wie für die im Jahre 1884 bereits emittirten 4%igen Pfandbriefe.
   Die Pfandbriefe werden auf den Inhaber ausgestellt und entsprechend den ursprünglichen Stücken in neuen Stücken zu 3000 und 300 Mark ausgefertigt. Sie sind von Seiten der Inhaber unkündbar und werden mit 4 Prozent für's Jahr in halbjährlichen Terminen am 2. Januar und 1. Juli verzinst.
   Die Pfandbrief-Anleihe wird zum Nennwerth im Wege der Verloosung getilgt.
   Zu diesem Behufe hat die Gesellschaft jährlich wenigstens ⅓ % des Nominal-Betrages der Anleihe nebst den aus den eingelösten Pfandbriefen ersparten Zinsen zu verwenden, dergestalt, daß die Tilgung längstens in 66 Jahren, vom 1. Januar 1886 ab gerechnet, vollendet sein muß. Die Ausloosung geschieht im Dezember jeden Jahres, zuerst im Jahre 1885, und werden nach vorgängiger Bekanntmachung in den Gesellschaftsblättern die verloosten Pfandbriefe im folgenden Jahre am 1. Juli bezahlt.
   Die Zinscoupons werden nach Wahl der Inhaber bei den unter Nr. 1 bezeichneten und den sonst bekannt zu machenden Stellen eingelöst.
3. Die zur Convertirung gelangenden 5%igen Pfandbriefe müssen mit Coupons über die vom 1. Januar 1885 ab laufenden Zinsen nebst Talons eingeliefert werden, während der halbjährliche Coupon über die Zinsen bis 1. Januar 1885 zurückbehalten wird. Der Inhaber erhält den gleichen Nennwerth 4%iger Pfandbriefe mit Coupons über die vom 1. Januar 1885 ab laufenden Zinsen nebst sofortiger baarer Zuzahlung von ½ % für die Differenz der Stückzinsen vom 1. Januar bis 1. Juli 1885.
   Bei der Einlieferung der 5%igen Pfandbriefe muß der Betrag der etwa fehlenden, nach dem 1./2. Januar fällig werdenden Coupons baar beigefügt werden.
4. Die zur Convertirung eingelieferten Pfandbriefe werden mit dem Vermerke: „Convertirt auf 4 Prozent vom 1. Januar 1885 ab" abgestempelt.
   Der Umtausch der abgestempelten Stücke gegen die neuen Titel wird laut besonderer Bekanntmachung erfolgen.
5. Den 5%igen Pfandbriefen, welche zur Convertirung eingereicht werden, ist ein doppeltes, mit Namensunterschrift und Wohnungsangabe des Einsenders versehenes, nach den Jahrgängen geordnetes Nummer-Verzeichniß beizufügen.
   Formulare hierzu können bei den obengenannten Stellen kostenfrei in Empfang genommen werden.
6. Die Pfandbriefe können behufs der Anmeldung mit der Post eingesandt werden, und erfolgt die Gegenleistung unter voller Werthangabe. Das Porto für die Einsendung und Rücksendung trägt die Preußische Central-Bodencredit-Actiengesellschaft.

Berlin, den 22. October 1884.

Preußische Central-Bodencredit-Actiengesellschaft.

Dr. Jacobi. Bossart. Herrmann.

K. 257.

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.

(Mit einer Beilage.)